

Reto Nause: «Städte sind politische Leichtgewichte...»

«... – auch im Schutz- und Rettungswesen»

Städte sind die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Treiber der Schweiz. Doch auf politischer Ebene haben sie keine Stimme, auch nicht im Bereich des Schutz- und Rettungswesens. Und dies obwohl die professionellen Schutz- und Rettungsorganisationen acht urbaner Zentren der Schweiz jährlich rund 40% der landesweit anfallenden Ereignisse bewältigen. Ein Standpunkt.

Recherchen des Instituts BAK Basel Economics zeigen: Die Schweiz ist städtisch geworden. Drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer leben heute in städtischen Agglomerationen, Tendenz steigend. Vier Fünftel der Erwerbstätigen wohnen in Städten und gar 84% der nationalen Wirtschaftsleistung wurden 2010 in den urbanen Zentren erarbeitet. Doch obwohl die Städte zu bedeutenden gesellschaftlichen Playern geworden und treibende Kraft des nationalen Wirtschaftsmotors sind: Ihre Stimme findet auf Bundesebene kaum Gehör. So besteht für die Städte kein direkter, institutionell

verankerter Kanal, über den sie mit ihren Anliegen an den Bund gelangen könnten.

Ihre wirtschaftliche Bedeutung steht denn auch in klarem Widerspruch zu ihrem politischen Gewicht: Wirtschaftlich und gesellschaftlich sind wir längst im 21. Jahrhundert angekommen, aber politisch verharren wir immer noch in den Strukturen des 19. Jahrhunderts. Angesichts des fundamentalen Wandels, den die Schweiz seither erlebt hat, stellt sich die Frage, ob die heutigen politisch-föderalistischen Strukturen und Mitspracherechte noch angemessen sind. Dabei geht es nicht darum, ländliche

Gebiete zu schwächen, vielmehr muss die Stellung der Städte verbessert werden.

Neues Gremium ohne Städte

Die Problematik der Mitsprache widerspiegelt sich auch in Institutionen des Bevölkerungsschutzes der Städte, und dies besonders in den Bereichen der Feuerwehr und des Zivilschutzes. Anfang Januar 2011 wurde die neue Regierungskonferenz «Militär, Zivilschutz, Feuerwehr» (RK MZF) gegründet. Sie vereinigt die für die Belange der kantonalen Militärangelegenheiten, des Zivilschutzes und der Feuerwehr zuständigen Regierungsrätinnen und Regierungsräte. Die neue Regierungskonferenz wird von der jeweiligen Fachorganisation auf Verwaltungsebene beraten und unterstützt. Dazu zählen die Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (KVMBZ), die Feuerwehr Koordination Schweiz (FKS) mit den Feuerwehrverantwortlichen der Kantone sowie die Koordinationsplattform ABC der Kantone.

Es ist augenfällig, dass die städtischen Organisationen der Feuerwehr und des Zivilschutzes weder in den politischen noch in den institutionellen Gremien der Konferenzen vertreten sind. Dies erstaunt umso mehr, als die Schutz- und Rettungsorganisationen von acht urbanen Zentren der Schweiz jährlich rund 40% der landesweit anfallenden Ereignisse bewältigen. Die Städte besitzen nicht nur professionell ausgerüstete Schutz- und Rettungsorganisationen, sie verfügen auch über aussergewöhnliche Kompetenzen und eine grosse Einsatzerfahrung. Dank ihres Sicherheits- und Interventionsmanagements können die Rettungsorganisationen auch bedeutungsvolle Grossanlässe und Demonstrationen bewältigen.

Zunehmende Vernetzung

Obwohl das Militär Bundesangelegenheit ist, sind die Kantone – verstärkt bei Standortkonzepten und bei Fragen der Zusammenarbeit mit dem Bevölkerungsschutz – direkt betroffen. Die Themen betreffen zunehmend auch die Städte. Der wachsende Vernetzungsbedarf mit den Städten wird



Fotos: z/Vg. Archiv 118 swissfire.ch

Reto Nause: «Städte sind politische Leichtgewichte – auch im Schutz- und Rettungswesen.»



vom Bund mit dem Sicherheitsverbund Schweiz anerkannt und seine Wichtigkeit mit der Sicherheitsverbundübung 2014 unterstrichen.

Der Zivilschutz basiert auf bundesrechtlichen Vorgaben, wurde in den letzten Jahren jedoch stark kantonalisiert. Der Bund erlässt zwar die rechtlichen Grundlagen und Vorschriften, überträgt aber die Ausgestaltung im Wesentlichen den Kantonen. Und diese geben die Ausführung wiederum weiter an die Städte und Regionen, die sich am Ende der Prozesskette befinden. Ein Beispiel ist die Finanzierung der Ersatzbeschaffung der persönlichen Ausrüstung und des Einsatzmaterials des Zivilschutzes: Obwohl der Bund die Hauptverantwortung für den Zivilschutz trägt, überlässt er die Finanzierung vollumfänglich den Kantonen. Das Gros der Kantone wiederum delegiert die Finanzierung von Ausbildung und Organisation an die Städte und Regionen. Diese Vorgaben- und Finanzierungssystematik zeigt auf, dass richtigerweise und getreu unserem demokratischen Prinzip über alle Stufen der öffentlichen Hand Solidarität eingefordert wird. Sie dokumentiert aber auch, dass die Solidarität bei den Städten nur in einer Richtung funktioniert.

Solidarität als Einbahnstrasse

Das Feuerwehrwesen ist nach wie vor eine ausschliesslich kantonale Aufgabe. Die Umsetzung erfolgt jedoch dezentral in Städten und Gemeinden. Diese verfügen über die Trägerschaften und sind damit für die Organisation, die Ausbildung, die Ausrüstung und den Betrieb der Feuerwehr zuständig. Obschon die Kantone – je nach Modell über die Gebäudeversicherungen – mitfinanzieren, verbleibt die Hauptlast der

Die urbanen Zentren verfügen über starke Mittel und eine hohe Kompetenz für die Bewältigung von Ereignissen im Alltag und bei Katastrophen und Notlagen, trotzdem sind sie auf den politischen und strategischen Ebenen nicht vertreten.

Feuerwehrfinanzierung in der Regel bei den Trägerschaften. Auch in diesem Bereich lebt der Föderalismus von einem Solidaritätssystem, das letztlich für die Trägerschaften eine Einbahnstrasse darstellt.

Städte vs. Kleinkantone

Die urbanen Zentren verfügen über starke Mittel und eine hohe Kompetenz für die Bewältigung von Ereignissen im Alltag und bei Katastrophen und Notlagen, trotzdem sind sie auf den politischen und strategischen Ebenen nicht vertreten. Die Reichweite städtischer Politik für das Schutz- und Rettungswesen endet an den kommunalen Grenzen und ist damit mehr als beschränkt. Der Föderalismus durchbricht hier grundsätzlich das Demokratieprinzip. Kleinkantone, die nur Bruchteile der Bevölkerung und des Risikopotenzials von Grossstädten aufweisen, sind sowohl auf Bundesebene als auch in der RK MZF vertreten und haben Stimmkraft. Die Grossstädte, die über beachtliche Mittel und über hohe Kompetenzen verfügen und zudem teilweise die finanziellen Hauptlasten tragen, haben dagegen wenig bis nichts zu sagen. Dieses Ungleichgewicht zuungunsten der Grossstädte ist frappant. Die politische Bedeutung der Städte hält weder mit der wirtschaftlichen noch mit der schutz- und rettungstechnischen Bedeutung Schritt. Leider haben es die Kantone mit der Reform der Regierungskonferenz versäumt,

die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Städte aufzuwerten.

Mitfinanzierung statt Mitsprache

Solidarität ist wichtig, sie darf aber keine Einbahnstrasse sein. Die Städte müssen auf die Unterstützung von Bund und Kanton zählen können, ihre Anliegen müssen ernst genommen werden, und ihnen muss entsprechend ihrer Bedeutung eine Mitsprache und nicht nur eine Mitfinanzierung eingeräumt werden. Die Polizei ist diesbezüglich dem Schutz- und Rettungswesen einen Schritt voraus. Sie hat mit der Konferenz der städtischen Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD) eine Organisation geschaffen, die im Sicherheitsbereich untereinander vernetzt ist und den urbanen Sicherheitsbedürfnissen in den nationalen politischen Diskussionen Gehör verschafft. Dies gilt es im Schutz- und Rettungswesen nachzuholen. Ziel muss sein, dass die Städte sowohl beim Bund als auch in der RK MZF Gehör finden und darin vertreten sind.



Reto Nause, Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie, Stadt Bern

Anzeige

VOGT AG
Feuerwehrgeräte- und Fahrzeugbau
Fabrique de matériel et véhicules incendie
www.vogtag.ch